

## Budgetvereinbarung

### 1. Partner dieser Vereinbarung

sind

die Stadt Ulm  
vertreten durch den Fachbereich  
Bildung und Soziales

und

die Beratungsstelle für  
Schwangerschaftsfragen und  
Familienplanung des Vereins  
Familienplanung e.V.

### 2. Gegenstand dieser Vereinbarung; gesetzliche Grundlage

ist die Förderung der Dienstleistungen, die durch den Verein Familienplanung e.V., Beratungsstelle für Schwangerschaftsfragen und Familienplanung, im Bereich der Wahrnehmung von Aufgaben im Hinblick auf Schwangerschaft und Familienplanung nach dem Sozialgesetzbuch, dem Schwangerenkonfliktgesetz (SchKG) und dem Strafgesetzbuch (StGB) erbracht werden.

Die Beratungsstelle für Schwangerschaftsfragen und Familienplanung ist seit 1976 vom Land Baden-Württemberg als Beratungsstelle nach § 219 StGB anerkannt und unterliegt insofern den gesetzlichen Anforderungen des Bundesrechts und der Landesrichtlinien. Sie wird von der Stadt Ulm seit 1974 finanziell gefördert.

### 3. Inhalt dieser Vereinbarung

-

ist

#### 3.1 Art und Umfang der Förderung

Die Stadt Ulm stellt – vorbehaltlich der Bereitstellung der Haushaltsmittel - für die Jahre 2009 – 2011 einen Budgetansatz von jährlich

**51.500 Euro**

(in Worten: einundfünfzigtausendfünfhundert)

zur Verfügung, sofern die Beratungsstelle für Schwangerschaftsfragen und Familienplanung nicht selbst einen niedrigeren Ansatz einreicht.

Der Zuwendungsbetrag verringert sich, sofern die Beratungsstelle zuschussrelevante Aufgabenbereiche einstellt, oder den Personalstand der Fachkräfte (Berechnungsgrundlage: 4,5 festangestellte Fachkräfte) verringert.

In diesen Fällen muss die Budgethöhe neu verhandelt werden.

Bei einer erheblichen Verschiebung oder Veränderung der Aufgaben aufgrund gesetzlicher, inhaltlicher oder gesellschaftlicher Entwicklungen müssen die Budgetregeln entsprechend der veränderten Situation neu verhandelt werden. Bei einer negativen Entwicklung der finanziellen Gesamtsituation der Stadt Ulm behält sich diese eine Anpassung der Budgetvereinbarung für die Zukunft mit einer Ankündigungsfrist von 6 Monaten vor.

Es gilt die Richtlinie der Stadt Ulm für die Bewilligung von Zuwendungen.

### 3.2 Dienstleistungsbeschreibung und Qualitätssicherung

Zwischen der Stadt Ulm und der Beratungsstelle für Schwangerschaftsfragen und Familienplanung wurde eine Vereinbarung über das Profil der Dienstleistung sowie deren Qualitätsentwicklung und -sicherung getroffen, die als Anlage (Anhang 1) Bestandteil dieser Vereinbarung ist.

### 3.3 Haushaltsführung und Controlling

Die Beratungsstelle für Schwangerschaftsfragen und Familienplanung verpflichtet sich, die von der Stadt bereitgestellten öffentlichen Gelder zweckmäßig, wirtschaftlich und sparsam zu verwalten.

#### 3.3.1 Wirtschaftsplan

Die Beratungsstelle für Schwangerschaftsfragen und Familienplanung erstellt jährlich einen Wirtschaftsplan (Erfolgs- und Vermögensplan mit Stellenübersicht), der der Stadtverwaltung jeweils bis zum 01.10. eines Jahres für das Folgejahr vorgelegt wird.

#### 3.3.2 Buchführung/Verwendungsnachweis

Ein Verwendungsnachweis nach Vorgabe der Richtlinie der Stadt Ulm für die Bewilligung von Zuwendungen, eine Geldflussrechnung über die gesamten Einnahmen und Ausgaben mit Übersicht über die Rücklagen nach der geltenden Regelung im Fachbereich Bildung und Soziales, sowie der Stellenplan und ein Jahresbericht sind der Stadtverwaltung ohne Aufforderung jährlich bis spätestens 30.06. des Folgejahres vorzulegen.

Die Rechtmäßigkeit des Jahresabschlusses ist durch das Prüfungstestat eines Steuerberaters oder der Kassenprüfer nachzuweisen. Die Stadt Ulm als Zuschussgeberin behält sich die Möglichkeit einer eigenen Prüfung des Jahresabschlusses vor. Hierzu ist sie berechtigt, in die Bücher, Belege und Schriften der Beratungsstelle für Schwangerschaftsfragen und Familienplanung Einsicht zu nehmen.

### 3.4 Datenschutz

Die Beratungsstelle für Schwangerschaftsfragen und Familienplanung verpflichtet sich zur Einhaltung der Bestimmungen des Sozialdatenschutzes.

### 3.5 Personal

Die Beratungsstelle für Schwangerschaftsfragen und Familienplanung beschäftigt ihre Mitarbeiter/-innen auf Grundlage des TVöD. Darüber hinaus sind Besserstellungen der Mitarbeiter/-innen der Beratungsstelle gegenüber städtischen Mitarbeitern/-innen in entsprechenden Einrichtungen und in gleichartiger Tätigkeit grundsätzlich unzulässig.

### 3.6 Auszahlungsmodus

Der Zuschussbetrag wird in vier Abschlagszahlungen, zum 1.1., 1.4., 1.7. und 1.10.

eines Jahres, ausbezahlt.

Die Stadt ist berechtigt, die Abschlagszahlungen nach Satz 1 einzubehalten, wenn die Beratungsstelle für Schwangerschaftsfragen und Familienplanung mit ihren Pflichten aus diesem bzw. aus dem vorherigen Vertragsverhältnis, insbesondere aus Ziffer 3.3.2, länger als 6 Wochen in Verzug ist.

#### **4. Kündigung**

Der Vertrag kann mit halbjähriger Kündigungsfrist zum Jahresende von jedem der Vertragspartner gekündigt werden. Das Recht der Vertragspartner zur Kündigung aus wichtigem Grund bleibt unberührt.

#### **5. Inkrafttreten/ Geltungsdauer**

Die Budgetregelung tritt zum 01.01.2009 in Kraft, sie gilt zunächst bis zum 31.12.2011. Eine Verlängerung ist möglich und wird angestrebt.

#### **6. Schlussbestimmungen**

Die Anpassung der Budgetvereinbarung obliegt der Beratungsstelle für Schwangerschaftsfragen und Familienplanung und der Stadt Ulm gemeinsam. Änderungen und Ergänzungen bedürfen der Schriftform.

Sollte eine Bestimmung unwirksam sein oder werden, so wird die Wirksamkeit des Vertrages im übrigen nicht berührt. Für diesen Fall ist die unwirksame Bestimmung durch eine Bestimmung zu ersetzen, die dem vertraglich vorgesehenen Zweck am nächsten kommt.

Ulm, den

Ivo Gönner  
Oberbürgermeister

Margarita Straub  
Leiterin der Beratungsstelle für  
Schwangerschaftsfragen und Familienplanung  
des Vereins Familienplanung e.V.

Evelyne Wiesneth  
1. Vorsitzende Familienplanung e.V.

Thomas Müller-Staffelstein  
Vorstandsmitglied Familienplanung e.V.